

Kein Schutz zum Nulltarif

Zu „Lärmschutzwall wird abgelehnt“ vom 30. Oktober:

Die Grüne Liste lehnt diese wohl einzige wirkungsvolle und finanzierbare Maßnahme ab. In ihrer Begründung verweisen die Grünen unter anderem auf den unzumutbaren Baustellenverkehr und die während der Bauphase zunehmende Lärmbelastung auf diesen Orts- teil. Mit einer solchen Begründung wäre beispielsweise das Projekt „U-Strab“ in Karlsruhe schon von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

Lärm macht nachweislich krank, und die zu hohe Lärmbelastung in der Waldbrücke mit fast 1 000 Mitbürgern ist durch Messungen bestätigt. Nur durch passive Lärmschutzmaßnahmen, wie sie

durch die Grüne Liste im Gemeinderat beantragt werden, lässt sich die Lärmbelastung nicht wirkungsvoll senken. So würde eine Geschwindigkeitsreduzierung auf der Autobahn auf 120 Kilometer pro Stunde allenfalls die Pkw betreffen. Der Schwerlastverkehr, der für die Hauptlast des Lärmpegels verantwortlich ist, wäre davon nicht betroffen. Und gerade dieser wird in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen.

Es wird auch ein Förderprogramm für Schallschutzfenster in den betroffenen Gebieten beantragt. Da stellt sich für mich die Frage, wie das die zahlreichen Kinder im Waldbrücken-Kindergarten sehen. Diese spielen fast jeden Tag auf dem Freigelände und müssen in nur etwa 200 Meter Entfernung den unablässigen Geräuschpegel der Autobahn aushalten.

Ich wünsche mir, dass die Unzumutbarkeit des Lärmpegels für alle Bewohner der Waldbrücke endlich anerkannt wird. Es muss von allen Fraktionen ernsthafte Bemühungen um einen aktiven Lärmschutz erfolgen. Zum Nulltarif wird dies nicht zu bekommen sein. Aber viele umliegende Autobahnanlieger machen es uns vor, dass Lärmschutz auch in Zeiten knapper Kassen möglich ist.

Thomas Eberlin
Weingarten

Wir bitten die Einsender von Leserbriefen ihre Telefonnummer anzugeben. Es stellt sich immer wieder heraus, dass Rückfragen erforderlich werden, die mit einem Telefonanruf geklärt werden können. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, die nicht mit der Ansicht der Redaktion übereinstimmen muss. Die Redaktion